

Landespressekonferenz am 31. August 2026

GEW NRW zum Beginn des Schuljahres 2026/27

Sprechzettel Ayla Çelik, Landesvorsitzende GEW NRW

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserer Schuljahrespressekonferenz.

Zu Beginn des neuen Schuljahres möchte ich mich zunächst bei allen Beschäftigten in Kitas, Schulen und Bildungseinrichtungen bedanken. Sie sind es, die tagtäglich – oft unter Bedingungen, die alles andere als einfach sind – Bildung möglich machen.

Zu Beginn jedes Schuljahres stellen sich die bekannten Fragen: Sind genügend Lehrkräfte da? Sind die Schulen vorbereitet? Was hat sich verbessert? Wo liegen die größten Herausforderungen? Und wie jedes Jahr hören wir, wie gut die Landesregierung auf diese Herausforderungen vorbereitet ist. Am Freitag hat die Ministerin ihre Pläne vorgestellt, wir haben diese bereits kommentiert. Deshalb an dieser Stelle kurz und knapp: nicht die dargestellten Ziele sind das Problem – im Gegenteil: wir unterstützen diese Ziele. Wo wir nicht zusammenkommen, ist der Weg dorthin. Hier bleibt die Ministerin die Antwort schuldig: Wie unter den ohnehin belastenden Bedingungen Ziele verbindlich erreicht werden können, ohne zugleich verbindliche Ressourcenzusage. Jede Zielvereinbarung muss mit einem Realitätscheck der Bedingungen vor Ort einhergehen.

Jetzt möchte ich auf die Punkte eingehen, die die Ministerin ausgeklammert hat.

Um dies tun zu können, möchte ich heute einen Rückblick vornehmen und eine grundsätzlichere Frage stellen: Wo steht die Bildung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2026? Ist unser Bildungssystem heute gerechter, verlässlicher und besser ausgestattet als vor vier Jahren?

2022 ist diese Landesregierung mit einem hohen Anspruch angetreten. Sie wollte Nordrhein-Westfalen zum Bildungsland machen, Bildungschancen verbessern und den Fachkräftemangel angehen. Vier Jahre nach Amtsantritt ist es Zeit für eine Bilanz. Die Problemerkennung ist häufig richtig. Bei der Umsetzung gibt es Fortschritte. Aber beim entscheidenden Bildungsziel – mehr Chancengleichheit – ist Nordrhein-Westfalen noch lange nicht dort, wo es sein müsste. Am Ende des Tages zählt, was bei den Kindern und Beschäftigten vor Ort ankommt. Daher ist höchste Zeit, nicht mehr nur über Programme und Maßnahmen zu sprechen, sondern über deren Wirkung.

Dabei möchte ich ausdrücklich betonen: Wir sagen nicht, es ist nichts passiert. Die Landesregierung hat auf den Fachkräftemangel reagiert. Sie hat den Sozialindex

weiterentwickelt. Das Startchancen-Programm ist auf den Weg gebracht worden. Die Stärkung der Basiskompetenzen ist stärker in den Mittelpunkt gerückt. Mit dem Schulkompass sollen Entwicklungen genauer erfasst werden. Schulleitungen sollen gestärkt werden. Und mit A13 ist eine langjährige Forderung der GEW endlich Realität geworden. Das sind Schritte in die richtige Richtung.

Die Landesregierung hat an vielen Stellschrauben gedreht. Aber sie hat die strukturellen Probleme nicht behoben, auch das gehört zur Wahrheit dazu. Noch immer entscheidet die soziale Herkunft in Nordrhein-Westfalen viel zu stark über Bildungschancen. Noch immer fehlen Fachkräfte. Noch immer gleichen Beschäftigte strukturelle Defizite mit zusätzlicher Arbeit aus. Und noch immer hängt die Qualität von Bildung davon ab, welche finanziellen Möglichkeiten eine Kommune hat.

Es fehlt an einer Strategie, die Maßnahmen so miteinander verbindet, dass sie im Alltag der Bildungseinrichtungen tatsächlich Wirkung entfalten. Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht mehr, ob die Landesregierung die Probleme erkannt hat. Das hat sie. Die Frage lautet: Hat ihre Politik existierende Probleme kleiner gemacht? In einzelnen Bereichen: ja. Strukturell: nein. Dieses Schuljahr ist kein Schuljahr wie jedes andere. 2026/27 ist ein Jahr, in dem politische Versprechen den Praxistest bestehen müssen.

Ganztag

Beginnen wir mit einer der größten bildungspolitischen Veränderungen dieses Schuljahres. Seit dem 1. August haben Erstklässler*innen einen Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung und Betreuung. In den kommenden Jahren wächst dieser Anspruch Jahrgang für Jahrgang auf. Das ist grundsätzlich richtig. Ganztägige Bildung kann ein wichtiger Beitrag zu mehr Chancengleichheit und folglich Bildungsgerechtigkeit sein. Sie kann Kinder fördern, Familien unterstützen und Teilhabe ermöglichen.

Aber ein Rechtsanspruch auf einen Platz ist noch lange kein Rechtsanspruch auf gute Bildung. Gleichzeitig erleben wir eine gefährliche Verkürzung der Debatte. Ganztag wird auf die bloße Anzahl von Plätzen reduziert und die pädagogische Qualität ausgeblendet. Ein Kind hat nichts davon, wenn ein Betreuungsplatz vorhanden ist, aber die pädagogischen Bedingungen nicht stimmen. Ganztag ist kein Parkplatz für Kinder nach Unterrichtschluss. Ganztag ist Bildung, Förderung, somit Teil des Bildungsauftrags. Wenn wir den Rechtsanspruch ernst nehmen, müssen wir auch die Verantwortung für die Qualität übernehmen.

Das bedeutet:

- ausreichend Personal,
- verlässliche Finanzierung,
- gute Arbeitsbedingungen,

unterm Strich: verbindliche Qualitätsstandards, die mit dem versprochenen Landesausführungsgesetz kommen sollten. Dieses wurde bis heute nicht realisiert. Der Ganztag bleibt ein nicht eingelöstes politisches Versprechen. Unsere Aufforderung an die Landesregierung lautet deshalb: Machen Sie aus dem Rechtsanspruch einen Qualitätsanspruch! Wir brauchen verbindliche Standards für den Ganztag in ganz Nordrhein-Westfalen.

Personalmangel

2022 war der Fachkräftemangel eines der größten Probleme unseres Bildungssystems. 2026 ist er es immer noch. Das sehen wir unter anderem besonders an den Grundschulen, an denen die Basiskompetenzen vermittelt werden sollen. Die dünne Personaldecke dort ist nach dem Abzug der Vorgriffstellen (G8/G9) eingerissen. Die Landesregierung hat mit ihrem Handlungskonzept Unterrichtsversorgung reagiert. Vier Jahre später müssen wir nicht mehr über die Problembeschreibung sprechen. Wir müssen über die Wirkung sprechen. Ein Konzept gegen Personalmangel darf nicht darauf beruhen, aus dem vorhandenen Personal immer noch mehr herauszuholen. Teilzeitbeschränkungen schaffen keine neuen Lehrkräfte. Mehrarbeit schafft keine neuen Lehrkräfte. Größere Klassen schaffen keine neuen Lehrkräfte. Und zusätzliche Aufgaben schaffen erst recht keine neuen Lehrkräfte. Mangel kann man organisieren. Man kann ihn verteilen. Man kann ihn verwalten. Aber davon verschwindet er nicht. Wenn Beschäftigte immer wieder die strukturellen Defizite des Bildungssystems ausgleichen, wird die Überlastung verschärft. Dabei brauchen die Beschäftigten dringend Entlastung.

Arbeitszeit

Wenn wir über Personalmangel reden, müssen wir auch über Arbeitszeit reden. Denn ein großer Teil der Belastung im Bildungssystem bleibt unsichtbar. Unterricht ist sichtbar. Die Vorbereitung zu Hause ist es nicht. Elterngespräche sind sichtbar. Die Dokumentation danach häufig nicht. Konferenzen sind sichtbar. Die vielen kleinen Aufgaben, die sich davor und danach summieren, sind es aber nicht. Deshalb setzen wir uns für eine Erfassung der tatsächlichen Arbeitszeit ein. Nicht, weil wir wollen, dass Kolleg*innen kontrolliert werden. Sondern weil wir endlich sichtbar machen müssen, wie viel sie tatsächlich leisten. Arbeitszeiterfassung ist kein Kontrollinstrument. Sie ist ein Instrument des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Und sie darf nicht dazu missbraucht werden, neue Präsenzplichten zu schaffen. Es geht nicht darum, Lehrkräfte in den Ferien länger in Schulen sitzen zu lassen. Es geht darum festzustellen, wo Arbeitszeit ausufert und wo Entlastung notwendig ist. Denn auf Dauer kann kein Bildungssystem davon leben, dass Beschäftigte regelmäßig mehr leisten, als ihnen eigentlich zugemutet werden darf.

A13-Reform

Dieses Schuljahr beginnt auch mit einer guten Nachricht. Seit dem 1. August werden Lehrkräfte an Grundschulen und in der Sekundarstufe I endlich nach A13 beziehungsweise EG13 bezahlt. Das ist ein großer Erfolg. Und wir sagen ausdrücklich: Dieser Erfolg ist das Ergebnis jahrelangen gewerkschaftlichen Drucks. Die GEW hat gemeinsam mit den Beschäftigten über viele Jahre dafür gekämpft, dass gleichwertige Arbeit endlich gleichwertig bezahlt wird. Darauf können wir stolz sein. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Denn die Reform hat neue Ungerechtigkeiten geschaffen. Beförderungsämtler, Fachleitungen und Schulleitungen müssen angemessen berücksichtigt werden. Verantwortungsübernahme muss sich auch in der Besoldungsstruktur widerspiegeln.

Für uns als Bildungsgewerkschaft ist klar: Unser Ziel bleibt A 13 mit Strukturzulage für alle. Es darf nicht bei einer isolierten Maßnahme bleiben, die neue Ungleichgewichte im Besoldungsgefüge schafft. Wenn sich Besoldungsstufen verändern, müssen auch Beförderungsämtler und das gesamte Besoldungsgefüge im Sinne des Abstandsgebots neu gedacht werden. So begrüßenswert die Reform in ihrer Zielsetzung ist, so deutlich zeigen sich in ihrer Umsetzung neue strukturelle Ungleichbehandlungen zulasten der tarifbeschäftigten Lehrkräfte. Für sie wird die beabsichtigte Gleichstellung leider durch neue Benachteiligungen konterkariert: Aufgrund der geltenden Regelungen für Tarifbeschäftigte verlieren zahlreiche Beschäftigte bereits erworbene Stufenlaufzeiten und teilweise sogar ganze Stufen; sie werden nicht stufengleich höhergruppiert. Dies führt zu realen Einkommensverlusten. Es ist daher weder vermittel- noch vertretbar, dass durch eine Maßnahme, die der Gleichbezahlung dienen soll, nun das Ziel doch verfehlt wird. Während verbeamtete Kolleg*innen von der Besoldungsreform ohne Nachteile profitieren, müssen tarifbeschäftigte Lehrkräfte erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen. Das widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung. Das ist weder fair, noch kann es als Ausdruck echter Wertschätzung und Anerkennung bepreist werden. Dass es auch anders geht, zeigen andere Bundesländer. So berücksichtigt Hamburg bei Höhergruppierungen die Mitnahme der bereits erworbenen Erfahrungszeiten und vermeidet damit die erheblichen Nachteile, die die Tarifbeschäftigten in Nordrhein-Westfalen hinnehmen müssen. Hier bleiben wir dran, eine politisch tragfähige Lösung zu finden.

Die A13-Reform zeigt: Politik kann strukturelle Ungleichheiten korrigieren, wenn sie will.

Chancengleichheit

Wir müssen in Nordrhein-Westfalen außerdem grundsätzlicher darüber sprechen, wann Bildung beginnt. Sie beginnt nicht am ersten Schultag. Deshalb dürfen Kita, Grundschule, Sprachförderung und Ganztag nicht länger als getrennte politische Baustellen behandelt werden. Kinder erleben Übergänge. Das System denkt aber häufig noch in Zuständigkeiten.

Genau das müssen wir ändern. Sprachförderung ist dafür ein gutes Beispiel. Natürlich ist es richtig, Kinder frühzeitig sprachlich zu unterstützen.

Sprache ist ein Schlüssel zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Aber Sprachförderung wird nicht dadurch besser, dass man ein neues Programm erfindet und den Einrichtungen anschließend sagt: Jetzt macht mal. Neue Aufgaben brauchen neue Ressourcen. Sie brauchen qualifiziertes Personal. Sie brauchen Räume. Sie brauchen Zeit. Und sie brauchen pädagogische Konzepte, die Kinder individuell fördern. Deshalb schauen wir auch auf die geplanten ABC-Klassen sehr genau. Das Ziel einer guten frühen Sprachförderung teilen wir. Aber ein gutes Ziel ersetzt kein gutes Konzept.

NRW braucht keine Aneinanderreihung einzelner Maßnahmen. NRW braucht eine Strategie, die frühkindliche Bildung, Grundschule und Ganzttag zusammendenkt. Chancengleichheit beginnt nicht erst mit der Einschulung – und darf nicht am Schultor enden.

Investitionen

All diese Themen führen am Ende zu einer grundsätzlicheren Frage: Was ist uns Bildung wert? Wir erleben seit Jahren politische Programme, Modellprojekte - die die jeweilige Landesregierung ins Schaufenster stellt - und kurzfristige Maßnahmen. Was den Beschäftigten und den Kindern jedoch fehlt, ist Verlässlichkeit über Legislaturperioden hinaus. Schließlich endet die Bildungsbiografie eines Kindes nicht mit der Legislaturperiode. Deshalb brauchen wir eine andere Logik: Weg von der Reaktion – hin zu einer langfristigen Gestaltung. Das heißt: verlässliche Finanzierung, eine langfristige Personalplanung, gute Ausbildung, attraktive Arbeitsplätze, moderne und kindgerechte Bildungsräume und starke multiprofessionelle Teams. Bildung kostet Geld. Aber schlechte Bildung kostet unsere Gesellschaft am Ende sehr viel mehr. Daher fordern wir als Bildungsgewerkschaft nicht erst jetzt:

- einen über Legislaturperioden hinausgehenden „10-Jahres-Plan Gute Bildung NRW“, der Planungssicherheit schafft, die Bildungsfinanzierung dauerhaft stärkt,
- eine Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Land und Kommune
- sowie die Überwindung der Trennung von inneren und äußeren Schulangelegenheiten im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung gelingender Bildung.

Demokratiebildung

Und damit komme ich zu einem letzten Punkt. Wir haben auf unserem Gewerkschaftstag in diesem Jahr sehr bewusst das Thema Demokratie in den Mittelpunkt gestellt. Denn wir erleben eine gesellschaftliche Situation, in der demokratische Werte nicht mehr selbstverständlich sind.

Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen sind deshalb weit mehr als Orte der Wissensvermittlung. Sie sind Orte, an denen Menschen lernen, miteinander zu leben. Sie lernen, unterschiedliche Meinungen auszuhalten. Sie lernen, Konflikte auszutragen. Sie lernen, Verantwortung zu übernehmen. Und sie erleben, was Teilhabe bedeutet.

Demokratiebildung ist keine zusätzliche Aufgabe. Sie gehört zum Kern unseres Bildungsauftrags. Aber auch dafür brauchen Beschäftigte Zeit, Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen. Deshalb geht Demokratie stärken nur über die Stärkung unserer Bildungseinrichtungen.

Und das, meine Damen und Herren, entscheidet nicht nur über die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen, sondern über die Zukunft unserer Gesellschaft.

Gute Bildung braucht gute Bedingungen. Und gute Bedingungen entscheiden darüber, ob wir unseren Kindern und Jugendlichen das geben können, was sie verdienen: gute Bildung, echte Teilhabe und eine demokratische Zukunft.

Vielen Dank.